



Karl-Heinz Ohlig

Strukturreformen im Bistum Trier

Ein Stückwerk

Schon eine Trierer Bistumssynode hatte im vergangenen Jahr eine Reduktion der 887 Pfarreien im Bistum auf die Zahl 60 „beschlossen“. Der Bischof hat im März diesen Jahres einen Reformplan vorgelegt, der noch weiter geht und eine Beschränkung der Zahl der Pfarreien auf 35 vorsieht. Diese Pläne sollen noch diskutiert und Ende 2017 in Kraft gesetzt werden. Danach soll eine „Erkundungsphase“ folgen, Anfang 2020 abgeschlossen und alles realisiert werden.

Dieses Vorhaben geht weit über die schon seit einiger Zeit zunehmend praktizierte Zusammenlegung von Pfarreien in jetzt 172 Pfarreiengemeinschaften hinaus. Der Grund für beide Entwicklungen ist der Priestermangel, und es scheint so, dass der Bischof bemerkt hat, dass sich die bisherigen Zahlen nur noch wenige Jahre aufrecht erhalten lassen. Insofern ist sein Plan Zeichen eines (mutigen oder verzweifelten?) Realismus und eines Sich-Abfindens. So gab es z.B. im Jahr 2015 lediglich 58 Priesterweihen für alle 27 Bistümer zusammen – also formal rund zwei Priester pro Bistum. Hält sich dieser Trend oder verstärkt sich sogar noch, ist auch die Versorgung der 35 Großpfarreien nicht gesichert.

Diese Großpfarreien sollen von einem Team mit wenigstens drei hauptamtlichen Akteuren geleitet werden; einer davon und zugleich Leiter des Teams soll ein Priester sein. Seine Residenz bestimmt dann auch den „Pfarrort“ der Großgemeinde, an dem die Verwaltungs- und auch Pastoralaufgaben gebündelt sind. In (einigen?) Städten und Gemeinden der Pfarrei sollen „Knotenpunkte“ entstehen, die von (ehrenamtlichen?) Helfern betrieben werden. An manchen dieser „Knotenpunkte“ soll es liturgische Angebote geben, an anderen Jugendarbeit usw.

Die Großgemeinden sind wirklich „groß“. So soll z.B. die größte Pfarrei im Saarland, Saarbrücken, fast 77.000 Katholiken umfassen. Aber das ist wohl noch nicht die endgültige Zahl: Weil die Gemeinden Fischbach und Sulzbach nicht dahin wollen, wohin sie eingeordnet sind, nämlich zur Pfarrei Neunkirchen, sondern stattdessen nach Saarbrücken wollen, wird diese Großgemeinde dann wohl rund 100.000 Katholiken umfassen.

Es sieht so aus, als sei dieser Katastrophenplan unausweichlich. Und so gibt es auch viele Stimmen, die ihn bejahen und in ihm auch Chancen sehen (vgl. den Beitrag von Anne Conrad in diesem Heft). Und vielleicht wachsen in der neuen Praxis tatsächlich auch pastorale Modelle und Strukturen, die denen, mit denen sie in Berührung kommen, auch eine christliche Sinngebung für ihr Leben bringen und dann „Kirche“ in einer reduzierten Form erhalten können.

An den neuen Plänen ist vor allem zu kritisieren, dass sie so überstürzt und ohne Konzept in Gang gesetzt werden – in einer Art von Torschlusspanik. So taucht nirgendwo die Frage auf, die im Vordergrund hätte stehen müssen, wie auch in Zukunft „Kirche“ noch wohnortnah präsent sein könnte. Das Konzept „Volkskirche“ wurde sang- und klanglos verabschiedet. Dabei war das offensichtlich zentrale Problem, der wachsende Priestermangel, schon seit langer Zeit zu beobachten und seine Folgen abzusehen; auch *imprimatur* hat immer wieder darauf hingewiesen und alternative Formen der Seelsorge gefordert. Aber es erfolgte keine konzeptionelle Auseinandersetzung, man machte so weiter wie bisher.

Schon früh hätte die Frage gestellt werden müssen, ob die Verkündigung, das soziale Engagement und die liturgischen Angebote künftig noch gewährleistet werden können, wenn es nur noch wenige Priester gibt und ihnen aber trotzdem die alleinige Kompetenz für alle zentralen kirchlichen Essentials belassen wird. Weil die gewachsene Amtsstruktur für unantastbar gehalten wurde, nahm man den Zusammenbruch der Pastoral in Kauf.

Seit Langem hätte die Frage gestellt werden müssen, ob die Fixierung auf die traditionellen und ausschließlichen priesterlichen Kompetenzen aufrecht erhalten werden kann.

Und auch jetzt ist zwar von Leitungsteams die Rede, aber Mittelpunkt und einziger Bevollmächtigter zur Leitung nicht nur der Eucharistiefeier bleibt der Priester. Daher die ruinöse Reduktion der Pfarreien. Diese nicht diskutierte Fixierung könnte fatale Folgen haben, die Daniel Deckers in einem Leitartikel in der FAZ von 28.01.17 überschrieb: „Kirche schafft sich ab“.

Wir wissen heute, dass die Kirche erst nachjesuanisch entstanden ist, also auch das kirchliche Amt und seine Ausprägungen. Es hat sich – trotz aller fehlerhaften Begleiterscheinungen – lange Zeit als effektiv erwiesen, muss aber heute neu konzipiert werden. Warum können nicht „bewährte“ Männer und Frauen mit der Gemeindeleitung „beauftragt“ (also „ordiniert“) werden, einschließlich der Kompetenz zur Leitung der Eucharistiefeier?

Nun ist klar, dass eine solche – auf Dauer unvermeidliche – Korrektur erhebliche innerkirchliche Widerstände hervorrufen würde, die man vermeiden möchte und dem Streit den stillen Schwund des kirchlichen Lebens vorzieht.

Aber warum haben die Bischöfe schon seit einiger Zeit unterhalb dieser Schwelle nicht wenigstens „Laien“ als Gemeindeleiter ins Auge gefasst, wenn auch noch ohne die „priesterlichen Vollmachten“ liturgischer Art? Dann wäre es möglich gewesen, die Zahl der Pfarreien nicht so drastisch zu reduzieren – vielleicht „nur“ auf die schon bisher geschrumpfte Zahl von 172 Pfarreiengemeinschaften, die auch den Namen Pfarrei behalten sollten; die Großgebilde könnten anders benannt werden, z.B. Seelsorgeeinheiten oder Dekanate (mit neuer Definition).

Zwar würde auch dann die Möglichkeit für Katholiken, eine Sonntagsmesse zu besuchen, stark gemindert bleiben. Dies mag im Augenblick noch nicht so stark ins Gewicht fallen, weil es noch mehr Priester gibt, vor allem Pensionäre, die noch Messe halten, oder „importierte“ Priester aus Polen oder Afrika. Aber wie wird es in nicht so ferner Zukunft sein? Zwar können auch Wortgottesdienste an ihre Stelle treten, es muss nicht immer Messe sein. Aber bisher war es ein Vorteil der katholischen Kirche, dass die Sonntagsmesse, anstelle von Wortgottesdiensten, eine zentrale Rolle spielte (wenn auch arg übertrieben: wer sonntags nicht die Messe besuchte, beging eine „Todsünde“). Auch darüber wird nicht diskutiert: Was ist wichtiger, ein Beharren auf der alleinigen priesterlichen Kompetenz oder das Recht von Gläubigen auf die Feier der Eucharistie?

Aber auch, wenn jetzt notwendigerweise Wortgottesdienste wichtiger werden, wurde versäumt, hierfür die Voraussetzungen zu schaffen: Immer noch gibt es Einschränkungen für die Predigt von Laien, besonders Frauen, ohne deren Engagement alle Pastoral in Leere laufen wird.

Bisher ist nichts zu hören von den Amtsstrukturen in den reduzierten Gemeinden. Es wird nicht genügen, lediglich in der Zentrale zwei Hauptamtliche, neben dem Priester, zu beschäftigen. Wenn die Kirche nicht gänzlich aus dem Raum verschwinden und noch eine Nähe zu den Gläubigen bleiben soll, müsste der Plan vorsehen, auch über das Land verstreut weitere Hauptamtliche einzusetzen, meinetwegen wenigstens in den bisherigen 172 (besser noch mehr als 200) Pfarreiengemeinschaften, und zwar mit einer der bisherigen Priesterbesoldung vergleichbaren Finanzierung. Und diese Stellen sollten ausgeschrieben werden, bevor die Strukturreform Wirklichkeit wird. Dann könnte es weiterhin kirchliche Zentren in relativer Nähe zu den Gläubigen und auch erreichbare Ansprechpartner geben. Diese hauptamtlichen Verantwortlichen müssten nicht alle ein akademisches Studium der Theologie vorweisen müssen, andere Qualitäten könnten wichtiger sein. Aber eine bestimmte Zahl sollte doch theologisch ausgebildet sein. Bisher gab es an den Universitäten zahlreiche „Laientheologen“, deren Zahl sich allerdings in letzter Zeit stark vermindert hat wegen fehlender Berufsaussichten (außerhalb des schulischen Lehramts). Auch hier wären neue Angebote notwendig. An den zahlreichen kleineren Orten sollte versucht werden, ehrenamtliche Gruppen zu gewinnen, die auch hier Aktivitäten anbieten könnten.

Mit anderen Worten: Selbst wenn man an der dogmatischen Unantastbarkeit des traditionellen Priestertums festhalten will, wären Lösungen denkbar, die ortsnahe Zentren und damit die kirchliche Präsenz in der Fläche möglich machten. Wie sonst könnte ein Leitungsteam an den jeweiligen „Pfarrorten“ für 50.000 bis 100.000 Katholiken auch nur noch rudimentär pastoralen Kontakt herstellen?

Es wird auch argumentiert, dass viele Katholiken an den kirchlichen Angeboten nicht mehr interessiert sind und diese deswegen auch nicht mehr vorgehalten werden müssen. Und sicher liegt das auch daran, dass die Kirche(n) ihre „Sache“ nicht mehr angemessen vermitteln. Und was ist überhaupt „die Sache“?

Diese Fragen können durch Strukturpläne nicht aufgegriffen werden. Aber solche Pläne sollten so beschaffen sein, dass sie sich nicht mit dem wachsenden Schwund abfinden oder diesen sogar noch befördern. Nicht wenig von diesem Schwund ist auch in der Vergangenheit schon durch Defizite in der Pastoral entstanden. Wenn jetzt die Zahl der Ansprechpartner auf ein Minimum beschränkt wird, werden auch neue Initiativen versanden.